

Der Vollzugsdienst

1/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**60. dbb Jahrestagung in Köln:
Wir schaffen das –
wer denn bitte sonst ?**

Deutschland ohne öffentlichen
Dienst nicht vorstellbar

Seite 1

**Einrichtung für Abschiebungs-
haft: JVA Eichstätt –
Ein anderer Vollzug**

Unterbringung von Ausreisepflich-
tigen ist eine Herausforderung

Seite 15

**Koalitionsvertrag 2019 – 2024:
Wo geht es hin für den
hessischen Justizvollzug ?**

Justizministerin Eva Kühne-Hörmann
im Amt bestätigt

Seite 33

**Die Probleme im Justizvollzug sind mit
dem Jahreswechsel nicht verschwunden –
der BSBD kämpft weiter für
Verbesserungen der Situation
der Kolleginnen und Kollegen !**

Foto: © paulmz/AdobeStock



HAMBURG



SACHSEN



THÜRINGEN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Gesundes und frohes neues Jahr wünscht die BSBD Bundesleitung unseren Kolleginnen und Kollegen
- 2 60. dbb Jahrestagung in Köln: Wir schaffen das – wer denn bitte sonst?
- 3 100 Jahre dbb – Hundert Jahre und doch nicht alt
- 4 BSBD Frauenvertretung: 3. Arbeitskreissitzung vom 30.11. – 02.12.2018 in Berlin
- 5 Forderungen des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften zur Einkommensrunde 2019
- 6 2. Bundesseniorenkongress – Anträge des BSBD
- 7 Die Fachzeitschrift „Vollzugsdienst“ war Seminarthema

LANDESVERBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 15 Bayern
- 17 Berlin
- 21 Brandenburg
- 28 Bremen
- 29 Hamburg
- 33 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 41 Niedersachsen
- 42 Nordrhein-Westfalen
- 56 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen
- 62 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 2/2019:



16. April 2019

Alternativen zum Betrieb einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt mit Sachsen in Zwickau werden gesucht

Beförderungen im TMMJV / Gespräch mit Minister Dieter Lauinger

- Erneut Probleme bei der Beförderungsrunde 2018.
- Minister nimmt endlich Beförderungen vor.
- Für 2019 zwei Beförderungsrunden in Aussicht gestellt.
- Minister äußert sich zum Neubau in Zwickau und zur Anwärtersausbildung.
- Gelegenheit zu spontanem Gespräch mit Minister.

Ende August 2018 waren insgesamt 35 Beförderungsstellen für den Justizvollzug ausgeschrieben worden (2 Stellen A12, 3 Stellen A11, 1 Stelle A10, 4 Stellen A9 mit Zulage, 7 Stellen A9 sowie 18 Stellen A8). Damit bestand nicht einmal für 5 % der im Vollzug Beschäftigten eine potentielle Möglichkeit, befördert zu werden. Die Verteilung der Beförderungsstellen auf die einzelnen Anstalten war sehr unterschiedlich. Wesentlicher Grund dafür ist, dass insbesondere für die JSA Arnstadt und die JVA Tonna auf Grund dort anhängiger Konkurrentenklagen, die teilweise mehrere Jahre andauern, insbesondere in der Besoldungsgruppe A8 mD keine Stellenausschreibungen erfolgten. Der BSBD hatte im Rahmen der Gespräche zum Personalkonzept angeregt, sowohl die Ausschreibungspraxis als auch das

Beurteilungssystem, vor allem mit dem Ziel, mehr Transparenz herzustellen, zu überarbeiten. Unabhängig von der Frage, dass es Bediensteten natürlich freisteht, entsprechende Verfahren bei den Gerichten zu erwirken, darf dies jedenfalls aus unserer Sicht nicht dazu führen, dass auf Grund entsprechender Entscheidungen Einzelner quasi für ganze Gruppen von Beschäftigten über Jahre hinweg keine Beförderungsmöglichkeiten mehr bestehen.

Sich ständig darauf zurückzuziehen, dass man nichts machen könne, reicht jedenfalls nicht. Zu sagen ist aber auch, dass die Kläger offensichtlich nicht ehrlich oder mutig genug sind, hinsichtlich einzelner Kollegen, die befördert werden sollen, zu klagen, sondern ihre Klage in der Regel nicht präzisieren und damit die gesamte Auswahl hinsichtlich aller Stellen anfechten. Dies führt dazu, dass in der jeweils betroffenen Anstalt und der entsprechenden Besoldungsgruppe überhaupt keine Beförderungen möglich sind, bis eine rechtskräftige Entscheidung des Gerichts vorliegt. Hinzu kommt, dass die entsprechenden Verfahren bei den Verwaltungsgerichten in Thüringen immer länger dauern. Ende der 1990-er Jahre war noch einer Verfahrensdauer in der ersten Instanz von etwa 4-5 Monaten zu ver-

zeichnen. Damit waren die Verfahren in der Regel zum nächsten Beförderungstermin abgeschlossen, so dass sich keine nennenswerten Verzögerungen bei den nächsten Ausschreibungen ergeben haben. Dies hat sich nun gravierend geändert. Leider kam es auch in dieser Beförderungsrunde erneut zu Konkurrentenklagen, weshalb wiederum einige Beförderungen nicht vorgenommen werden konnten.

Am 20. Dezember 2018 wurden im Ministerium dann schließlich die lange ersehnten Beförderungen vorgenommen. Leider ist festzustellen, dass die Beförderungen im Justizvollzug entgegen anderer Zusicherungen wieder erst gegen Jahresende erfolgten. Leider ist es auch traurige Tradition geworden, in den Ausschreibungen noch nicht einmal Beförderungstermine anzugeben, sondern die Formulierung „zum nächstmöglichen Termin“ zu wählen.

Der Zeitraum zwischen Ausschreibung und Beförderung im Thüringer Justizvollzug von nahezu vier Monaten ist nach unserer Kenntnis einmalig. Im nächsten Jahr soll es nach Darstellung des TMMJV zwei Beförderungsrunden mit deutlich mehr Stellen geben. Wir hoffen, dass bis dahin möglichst viele gerichtliche Verfahren abgeschlossen sind, da nach den Landtagswahlen im



Am 20. Dezember 2018 wurden die lange ersehnten Beförderungen vorgenommen.

Foto: TMMJV/O.Will

Oktober 2019 im darauffolgenden Jahr erfahrungsgemäß vergleichsweise wenige Ausschreibungen erfolgen werden, weil ja die Wahl dann vorbei ist (leider ist auch dies in Thüringen Tradition).

Vor der Übergabe der Urkunden nutzte Minister **Lauinger** die Gelegenheit zu einigen Ausführungen zu aktuellen Entwicklungen. Er bestätigte zunächst die Pressemitteilungen, wonach Thüringen derzeit nach Alternativen zum Staatsvertrag mit Sachsen zur Errichtung und Betrieb einer gemeinsamen JVA in Zwickau sucht. Ursache hierfür sind die Umstände, dass mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen sei und keinerlei Angaben zu einem möglichen Fertigstellungstermin möglich sind. In jedem Fall sei mit einer „mehrjährigen Verzögerung“ zu rechnen. Man habe bereits entsprechende Gespräche aufgenommen, die sich allerdings schwierig gestalten würden. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Staatsvertrag keine Kündigungsklausel enthält und daher alle Maßnahmen gemeinsam mit Sachsen abgestimmt werden müssen.

Wir hatten bereits im Vorfeld des Staatsvertrages auf die entsprechenden Risiken hingewiesen, die damals ignoriert wurden und nunmehr Realität geworden sind. In der aktuellen Diskussion haben wir uns eindeutig für einen Rückzug aus diesem Projekt und eine eigene Lösung in Thüringen positioniert. Der Minister gab an, dass es bereits mehrere Bewerbungen hinsichtlich eines Standorts einer neuen JVA in Thüringen gäbe und stellte klar, dass als Alternative zum Projekt nur ein Neubau in Betracht kommt. So oder so bleibt festzuhalten, dass in den nächsten Jahren nichts Gravierendes im ostthüringer Raum geschehen wird und die JVA Hohenleuben noch eine längere Zeit in Betrieb bleiben wird. Daraus resultieren aber auch viele Fragen, die beantwortet werden müssen. Insbesondere die Auswirkungen in personeller Hinsicht müssen eingehend betrachtet werden. Auch in der JVA Hohenleuben werden in den nächsten Jahren viele Beschäftigte in den Ruhestand treten. Neue Kollegen zu finden wird dort extrem schwierig werden, wenn den Beschäftigten und auch potentiellen Bewerbern keine Perspektiven hinsichtlich ihres zukünftigen Dienstorts gegeben wird. Der Dienstherr dürfte kein Interesse daran haben, die nunmehr viele Jahre bestehende Ungewissheit länger aufrecht zu erhalten. Viele Beschäftigte in Ostthüringen fühlen sich mittlerweile als bloße Verhandlungsmasse. Die Schließung der JVA Gera, die quasi

über Nacht beschlossen und umgesetzt wurde, hat sicher erheblich dazu beigetragen.

Minister **Lauinger** äußerte zudem, dass die Zahl der Anwärter in den nächsten Jahren weiter erhöht werden sollen, gab aber keine genauen Zahlen an. Dabei stoße man allerdings auf Schwierigkeiten. Einerseits sei es schwierig, am BZ Gotha die Ausbildung einer deutlich höheren Zahl an Anwärtern organisatorisch sicherzustellen, zudem müsse man zunehmend um geeignete Bewerber kämpfen. Nach dem offiziellen Teil ergab sich für uns die Gelegenheit zu einem spontanen kurzen Gespräch mit dem Minister. Dieses haben wir neben vielen anderen Aspekten vor allem genutzt, um im Hinblick auf die o.g. Problematik zum Neubau in Zwickau nochmals auf unsere Positionen hinzuweisen und uns nochmals für die aus unserer Sicht erforderliche deutliche Erhöhung der Einstellungszahlen und die (Wieder) Einführung eines Anwärtersonderzuschlages einzusetzen.

Minister **Lauinger** räumte ein, dass die Angaben der damaligen Landesregierung im Gesetzgebungsverfahren zum Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch, wonach mit dessen Einführung kein zusätzliches Personal erforderlich sei, offensichtlich nicht zutreffend sind und damit unsere bereits damals geäußerte Auffassung bestätigt. Insgesamt kann man zur Kenntnis nehmen, dass im Zuge der Erarbeitung des Personalkonzepts viele Aspekte, auf die wir lange hinweisen offensichtlich nicht mehr widerlegt werden können und im Gegensatz zu früher auch nicht mehr bestritten werden. Dass dazu aber mehr als vier Jahre erforderlich waren, obwohl schon im Koalitionsvertrag von der Erarbeitung eines Konzepts gesprochen worden war ist auch zu bemerken.

Mit einer Umsetzung wesentlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation ist in dieser Legislaturperiode mit realistischer Betrachtung wohl eher nicht mehr zu rechnen.

Der Landesvorstand

Einstellungsjahrgang 2018:

Theoretische Ausbildung am Bildungszentrum Gotha beginnt



Die theoretische Ausbildung für den Einstellungsjahrgang 2018 hat begonnen. Foto: BSBD Thüringen

Am 7. Januar 2019 hat für 23 Kolleginnen und Kollegen des Einstellungsjahrgangs 2018 die theoretische Ausbildung an der Justizvollzugsausbildungsstätte am Bildungszentrum Gotha mit einer Eröffnungsveranstaltung begonnen.

Im Dezember 2018 hatten die Kolleginnen und Kollegen ihren ersten praktischen Ausbildungsabschnitt in den Justizvollzugsanstalten Tonna und Untermaßfeld sowie der Jugendstrafanstalt Arnstadt erfolgreich beendet. Während ihrer praktischen Einführung

in den Anstalten hatten die neuen Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit, ihre zukünftige Tätigkeit kennenzulernen und sicher auch Gelegenheit dazu, ihre Entscheidung für eine solche zu überprüfen.

Am Bildungszentrum wurden die Anwärter vom Leiter der Bildungsstätte, Herrn **Dr. mult. Giebel**, begrüßt. Im Anschluss haben Herr **Schneider** (Abteilungsleiter Justizvollzug im TMMJV), der Vorsitzende des HPR Justizvollzug Herr **Allgäuer**, die Leiterin der JSA Arnstadt Frau **Stietz-Engler**, der Leiter der JVA Tonna, Herr **Olfen** sowie der stellvertretende Leiter der JVA Untermaßfeld Herr **Abeln** einige Worte an die Anwärter gerichtet. Zudem haben Herr **Beyer** (Ausbildungsleiter JSA Arnstadt) und Herr **Vonhoff** (Ausbildungsleiter JVA Untermaßfeld) von ihrer Ausbildung berichtet.

Übereinstimmend wurde zum Ausdruck gebracht, welche Herausforderungen die Tätigkeit im Justizvollzug darstellt, welche Anforderungen sich daraus ergeben und vor allem, dass die Kolleginnen und Kollegen gebraucht werden. Wir freuen uns, dass von zwei Ausnahmen abgesehen, alle an ihrer Entscheidung für eine Tätigkeit im Justizvollzug festhalten. Die theoretische Ausbildung wird sicher neue Anforderungen stellen, vor allem werden die Wege länger und die Fragen nicht weniger werden.

BSBD widmet sich spezifischen Belangen im Justizvollzug

Während der an den offiziellen Teil anschließenden Zusammenkunft bei Kaffee und Gebäck gab es bereits Gelegenheit, viele allgemeine Fragen als auch spezielle persönliche Aspekte zu erörtern. Gerne stehen wir als Verband unseren neuen Kolleginnen und Kollegen als stärkste, deutschlandweit tätige Interessenvertretung, die sich ausschließlich den spezifischen Belangen des Justizvollzuges widmet, weiter zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns besonders, dass wir bereits einige Kolleginnen und Kollegen als neue Mitglieder bei uns begrüßen konnten. Die Kolleginnen und Kollegen können sich auch während der Zeit der Ausbildung über aktuelle Entwicklungen im Vollzug auf unserer Homepage „www.bsbd-thueringen.de“ im öffentlichen Bereich und unsere Mitglieder nach Anmeldung im Mitgliederbereich informieren und jederzeit ggf. auch per Mail (Kontaktadressen auf der Homepage) ihre Fragen an uns richten.

J. Bursian, Landesvorsitzender ■

»Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt«



Die Kapitel des Dokumentenordners im Überblick

- Persönliche Angaben
- Wichtige Kontaktdaten
- Berufliches
- Vorsorgedokumente / Vertrauenspersonen
- Bank
- Haus- und Grundbesitz
- Laufende Verpflichtungen
- Versicherungen
- Verträge
- Telefon, Internet und Medien
- Mitgliedschaften
- Testament, Erbvertrag usw.
- Was ist im Todesfall zu tun?
- Anhang mit Musterschreiben